

# Niederlage und Bankrott der „Linken“

Von Fritz Selmann

Was auf dem Parteitag der SPD in Leipzig zu entscheiden war, ist an den ersten drei Verhandlungstagen des Parteitagess entschieden worden. Entschieden worden ist auf diesem Parteitag über die Stellung der Partei zum bankrotten kapitalistischen System. Nach Tarnow übernimmt die SPD die Rolle des Kretzes am Krankebett des Kapitalismus, dessen Aufgabe es ist, den kranken, morschen und faulen Kapitalismus zu heilen. Entschieden worden ist über die Frage des Kampfes gegen Elend und Not der Werktätigen. Die einzige Sorge der SPD ist die Erhaltung des Kapitalismus. Entschieden worden ist über die Stellung der SPD zum Faschismus. Breitscheid lobte die Unterdrückung der ideologischen Fälschung der Jugend, und Sellmann versicherte, daß die SPD „in irgendeiner Form“ den Faschismus überdauern werde, und der Parteitag erklärte sich auch mit einer faschistischen Verschleierung des Wahrscheinlichen einverstanden, wenn es die „Erhaltung der Demokratie“ erfordere. Entschieden wurde auch über die Stellung der SPD zu den kommenden Rotverordnungen. Der Parteitag stellte Brüning die Blankoollmacht zu neuen ungeheuerlichen Verschleierungen gegen das wertvolle Volk aus. Damit Brüning seine Zweifel an der Jüdischheit der „größten deutschen Partei“ habe, beschloß der Parteitag ausdrücklich, zu den neuen Rotverordnungen nicht Stellung zu nehmen. Entschieden wurde auch über die Bewilligung von Parteikreuzen und der Parteitag legte ein offenes Bekenntnis zum Militarismus ab.

In diesen drei ersten Verhandlungstagen des Parteitagess wurde jedoch auch entschieden über die Position der „Linken“, über ihren Einfluß in der Partei und auf die Parteipolitik. Um es vorweg zu nehmen: es war nicht nur eine Niederlage der Opposition, sondern es war ein offenkundiger Bankrott der „Linken“ Phrasen, es war nicht nur ein durch Stimmenmehrheit unterlegener Teil der Parteitagss delegierten, der da am Schluß des ersten Verhandlungstages nach den Abstimmungen vom Parteitag schloß, es war ein nach allen politischen Regeln der Agonie politisch und ideologisch gescheitertes Haus, dem das Schicksal nicht, was einem Geschlagenen passieren kann, nämlich, daß die Schlacht verlor, nachdem er es ohne alle Prinzipien, ohne Klarheit und ohne den Willen zum Sieg geführt hatte. Wenn Breitscheid nach der ersten Verhandlungstagesrede von Leipzig in am ersten Tage sagte, daß „nie ein schlechter Vortrag schlechter begründet“ worden ist, so kann man nach der Niederlage der Opposition sagen, daß nie ein schlechter Kampf schlechter geführt wurde als der Sozialkampf der Opposition gegen die Parteitagsmehrheit.

Eine der bemerkenswertesten Tatsachen auf diesem Parteitag der SPD war der sensationelle Gegensatz zwischen Partei und Tribüne. Unten im Parkett saßen die fehen Vorkämpfer aus Partei, Gewerkschafts- und Genossenschaftsapparat, auf der Tribüne saßen die Leipziger SPD-Arbeiter, die die Stimmung der sozialdemokratischen Arbeiterklasse widerspiegeln. Wie selbstverständlich hat der Parteitag die Tribüne nachsichtlos gegen sich, und trotzdem, der Gegensatz und die Klüfte zwischen der sozialdemokratischen Führerschaft, die unten im Parkett lag, und den sozialdemokratischen Arbeitern, die die Tribüne besetzten, ließ sich auch keine Minute während des Parteitagess überbrücken. Wenn Wels und Brüning gegen die Sozialisten hegten, dann schloßten die Sozialisten im Parkett. Wenn Engelbert Graf und Bielig einige Scheinwitze Phrasen für die Sozialisten gebrauchten, konnten sie keinen auf der Tribüne. Als Sellmann revolutionäre Reden von Marx für Sozialisten erklärte, war das Parkett begeistert, Rosenfeld aber erzielte den härtesten Beifall auf der Tribüne, als er Scheinheiligkeit und Verlogenheit des Geist von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht tadelte. So kam in diesem Gegensatz zwischen Partei und Tribüne auch die Erwartung der sozialdemokratischen Arbeiter in das Auftreten der Opposition auf dem Parteitag vom Ausdruck. Die sozialdemokratischen Arbeiter erhofften von diesem Parteitag einen Sieg der Opposition gegen den Parteivorstand. Sie erwarteten einen entscheidenden Kampf der Parteimitglieder der „Linken“ Opposition, sie erwarteten, daß die Sozialisten, Engelbert und Rosenfeld der Parteitagsmehrheit eine klare Linie des Kampfes entgegenzusetzen würden.

Die rebellierenden sozialdemokratischen Arbeitermassen sind machlos entstanden worden, maklos entstanden in allen ihren Hoffnungen auf diesem Parteitag und auf das Auftreten der „Linken“ Führer. Das Entscheidende an der Abstimmung über den übermächtigen hamburger Antrag gegen die Disziplinbrecher und für die Parteifreundschaft war nicht die Tatsache, daß nur 12 Delegierte dieses Parteitagess gegen die Entscheidung stimmten, während 22 Delegierte für Wels u. Breitscheid, für Parteifreundschaft und Rotverordnungen entschieden. Viel wichtiger war, daß auf diesem Parteitag die Stimmenzahl der Opposition auf einen Bruchteil der oppositionellen Delegiertenstimmungen auf dem Parteitag gesunken ist. Würden bei der entscheidenden Abstimmung auf dem Parteitag die Parteimitglieder der „Linken“ Opposition auf dem Parteitag Parteitag noch zwei Drittel aller Stimmen für die Opposition abgegeben, so erhielt die Opposition auf diesem Parteitag noch nicht einmal ein Sechstel der abgegebenen Stimmen. Auf dem Parteitag erhielt die Opposition bei einer Abstimmung 196 Stimmen, auf dem Leipziger Parteitag war die Höchstzahl der erreichten Stimmen nur noch 62. Wenn Zahlen einen Sinn haben, so kommt in diesen Zahlen der Bankrott aller Hoffnungen auf eine Eroberung dieser Partei und der Sieg des Apparates über die wahre Stimmung der Mitgliedschaft und der Anhänger der Partei zum Ausdruck.

Die wichtigste als die zahlenmäßige Dokumentierung des Niederganges der Opposition von Magdeburg bis Leipzig ist die Entscheidung, wie der Kampf der Opposition auf diesem Parteitag geführt wurde. Als am ersten Tage die Resolution zum Referat Tarnows zur Abstimmung kam und die Resolution der „Linken“, von der Tarnow selbst sagte, daß sie sich in allen entscheidenden Punkten und in allen Forderungen in nichts unterschieden von der Resolution des Parteivorstandes, abgelehnt wurde, da ihm die geschlossene „Linke“ (bis auf zwei Breslauer Delegierte) mit Engelbert Graf an der Spitze und mit allen radikalen Sachgen für die Resolution Tarnows, für die Stellung des Kapitalismus durch den „Arg“ SPD und für die Tarnowsche Linie der Abhilfe an der Wiederherstellung des Kapitalismus.

Nach wie hat die Opposition auf einem Parteitag ihren Kampf so schwächlich, so unfähig, so prinzipienlos, so ausweglos und so ohne jede politische und ideologische Linie geführt, als die „linke“ Opposition auf dem Leipziger Parteitag. Es war eine Szene von dramatischer Wirkung, als Sellmann, der von den Tribünenbesuchern mit Beifall begrüßt worden war, auf die Frage einging, die Sellmann gestellt hatte, was denn die Opposition zu tun vorschläge, wenn die Brüning-Regierung gestürzt wird. Die Arbeiter auf der Tribüne erwarteten in diesem Moment, daß Max Semdewitz das entscheidende Wort über den Kampf der Arbeiterklasse gegen Brüning und den Faschismus sagen werde. Max Semdewitz, der Führer dieser Opposition, gab keine Antwort. Unter dem wiederholten Beschallung der Stimmen im Parkett brachte er es nur zu einer Retourstunde an den Parteivorstand. Alles, was Semdewitz sagte, waren einige

## Der Abschluß des SPD-Parteitagess:

# Mit Bolldampf zur Rotverordnung!

Ein neues Bekenntnis für Brüning / Kein „Linker“ in den Vorstand gewählt!

Leipzig, 5. Juni.

Die Schlußphase des sozialdemokratischen Parteitagess endete mit einem ausdrücklichen Bekenntnis zur bedingungslosen Fortsetzung der Brüningpolitik. Keine dieser nach der Parteivorstand darauf berufen, daß die nächste Fraktionsführung erst die Entscheidung zu den Rotverordnungen bringen wird, so ist dieses Bekenntnis jetzt endgültig gemacht. Ein Antrag Semdewitz-Rosenfeld, der für ein solches Bekenntnis war, verlangte, daß der Parteivorstand den härtesten Kampf gegen die Rotverordnung lehren und den Charakter der Rotverordnung trägt, der Parteivorstand kämpft wie während selbst gegen diesen Antrag. Die große Mehrheit des Parteivorstandes hat diesen Antrag abgelehnt, man ging einfach darüber zur Tagesordnung über. Nach der Bankrott der „Linken“ wurde endgültig beschlossen, auf dem Parteitag die Parteimitglieder der „Linken“ zu den Rotverordnungen nicht Stellung zu nehmen. Der Leipziger Parteitag beschloß seinen einzigen von der Minderheit mehr in den Parteivorstand über in irgendeiner Parteikommission mehr zu betreiben. Alle vorliegenden Anträge, auch der Minderheit eine Vertretung im Parteivorstand zu geben, wurden kurzweilig abgelehnt. Die Diskussion, die die „Linken“ vor ihrer Anbahnung ausbreiteten, daß die Partei von innen heraus erobert werden könnte, sind endgültig für alle Zeiten verstiegen. Wels prägte ausdrücklich den Satz:

„Man kann auch die Geschichtsordnung brechen, wenn dadurch politische Fehler verhindert werden.“

Das ist die offene Entlassung des Verredes von Parteidemokratie, die in Wirklichkeit so nie existiert hat.

Die Diskussion zum Bericht des Parteivorstandes wurde von Bielig-Leipzig eröffnet. Dieser „Linker“ begann seinen Redebeitrag mit der Feststellung:

„Man kann für die Niederlage der Arbeiter unmöglich die Führer verantwortlich machen, oder gar von Arbeitererrat sprechen. Der Parteivorstand soll nicht nur nach links trüben, sondern nach beiden Seiten.“ (Als ob der Parteivorstand in der Mitte stünde!)

Bezeichnend für die Stimmung der Tribünen ist der Beifall, der Bielig erhielt, als er sich aus Demagogie gegen den Ausspruch von Sellmann: „Viel zu demoralisiert mit Graecoer als einmal mit den Kommunisten“ wandte. Dann kam es jedoch zu Sturmworten. Bielig charakterisierte die Demokratie innerhalb der Partei mit folgenden Worten:

„Die Diskussion der politischen Probleme wurde in vielen Bezirken überhaupt nicht ermöglicht. (Zurufe: Geh doch zu den Kommunisten!) Ich verbitte mir diese Unterstellung.“ Der Düsselborger Delegierte Richter, schildert die parteipolitischen Räte im Düsselborger Bezirk wie folgt:

„Es gibt bei uns nicht eine Ortsgruppe, die nicht von kommunistischen Spionen durchsetzt ist. Es gibt nicht eine Parteizentrale, in der nicht Spione sitzen, die nicht Verträge für die Kommunisten verstellen. Ja, noch mehr: Diese Spionen sitzen selbst in unseren Funktionärskörper. Man kann selber an den Gesichtern sämtlicher Parteimitglieder nicht erkennen, wer dahinter steht. Wir haben schon eine Anzahl dieser Lumpen aus der Partei herausgeschmissen. Aber es hat bisher noch nicht viel genutzt. Die SPD wird immer mehr SPD-Mitglieder für die Spionarbeit. Auch auf das letzte Parteitag hat diese Spionarbeit übergriffen. Der „rote Kämpfer“ wird von Parteigenossen verkauft, besonders unter

harte Worte, die noch zunächst auf die sozialdemokratischen Arbeiter auf der Tribüne eine Wirkung ausübten, aber bei ihrer Betrachtung keinen Menschen hinwegwischen konnten über die Prinzipien- und Ausweglosigkeit der „Linken“ Phrasen.

Nach wie ist auf einem Parteitag die Opposition so mit Spott und Spott behandelt worden, als in Leipzig. Tarnow, Breitscheid und Sellmann betonen immer wieder, daß die Differenzen mit der Opposition nur Verständnisse und nach nicht einmal Meinungsverschiedenheiten betreffen. Der einzige Diskussionsredner zu Tarnows Referat, Jiegler (Breslau), der etwas über die Not und das Elend des Arbeiterheeres der Erwerbslosen sagte, wurde von dem Parteipapst Wels brutal abgemurrt, und es ist bezeichnend, daß der Vormärts gerade von dieser Rede, in der etwas über das Massenelend der Werkschließungen gesprochen wurde, als den einzigen Tiefpunkt der Diskussion und als ein niedriges Niveau lebend, bezeichnete, im Gegensatz zu den übrigen phrasenhaften Reden der Oppositionsführer. Alle radikalen Phrasen, die phrasenhafte Forderung von Graf und Bielig nach „schärfster Beurteilung des Problems Sozialkampf“, die Phrasen von Max Semdewitz und Karl Rosenfeld waren nur diktiert von der Angst vor dem Abwandsen der Arbeiter zum Kommunismus, wie es einer der wenigen nach im Betrieb stehenden Delegierten, der linke Frankfurter Postmann, der linke Dettinghaus und der Breslauer Jiegler immer wieder zum Ausdruck brachten. So war der Kampf der Opposition prinzipienlos und ausweglos. Dokumentieren die offiziellen Referate den Bankrott der Theorie und Politik der SPD, so kam in dem Kampf der Opposition der völlige Bankrott auch der Opposition zum Ausdruck.

Die Schärfe der Opposition wurde auf dem Parteitag nicht nur geschlagen, sie wurde gespalten, zerstückelt, aufgerieben, desorganisiert und auseinandergehauen. Als der „linke“ Arzt von Dresden sich zum Wort meldete und gefragt wurde, ob er für oder gegen den Parteivorstand spreche, da rief Arzt laut: „Für“ und die Parteitagssmehrheit schrie Bravo. Franz Runkler, der „linke“ Herold aus Berlin, benutzte seine „linken“ Freunde vor dem Parteitag unter dem Beifall der Parteitagssmehrheit, nachdem sie die wirklich radikale Bilanz der Parteitagssmehrheit hatte, Brüning vor dem Faschismus zu warnen mit dem Hinweis darauf, daß der Faschismus in Vollen ja gerade jetzt wieder gegen die sozialistische Aktion vorgehe. Und es war gerade der Parteivorstand, der dem Parteitag die Annahme einer Resolution der „Linken“, Runkler und Aufhäuser, empfahl.

So wurde die Opposition auf dem Parteitag nicht nur geschlagen, sie wurde zerstört, gespalten und schloß sie ein geprügeltes Hund vom Parteitag weg. Die Abstimmungen auf dem Parteitag und die Art, wie die Opposition den Kampf geführt hat, verriet alle Hoffnungen der Arbeiter auf diesen Parteitag und weist sie hin auf den einen unausweichlichen Weg, den Weg zur KPD, der einzigen sozialistischen Arbeiterpartei!

## Nazis überfallen Reichsbanner

Hannover, 6. Juni. (Vgl. Draht.)

Hier kam es vergangene Nacht zu größten Zusammenstößen zwischen Reichsbannerarbeitern und Nationalsozialisten, die zu regelrechten Straßenschlachten auswichen. Die Nationalsozialisten hatten sich in Autos verbarrikadiert, aber auch die Reichsbannerleute erhielten Beschädigung durch revolutionäre Arbeiter, so daß schließlich die Nationalsozialisten die Flucht ergreifen mußten. Zwei Nationalsozialisten und ein Reichsbannermann wurden schwer verletzt.

der Jugend. In einem Artikel des „roten Kämpfers“ heißt es: „Es gibt nur einen Ausweg, das ist die sozialistische Revolution der Arbeiter, Bauern und Soldaten.“ (Hört, hört bei den Delegierten. Bei fall auf den Tribünen.) Dieser Wels, der gestern hier auf der Tribüne mit Dettinghaus verhandelt hat.“ (Hört, hört bei den Delegierten. Beifall und Unterbrechungen.)

Der Reichsbannergeneral“ Stellung sprach nach einer „neuen Welle der Parteiauswanderung“, die die Parteimitglieder mit sich bringt und empfahl daher dem Parteitag, die Arbeiter darüber mehr aufzuklären, daß nicht nur die Arbeiter zu verlieren hätten, sondern auch die Führer.

Nachdem dann Wels auf die Uhr geguckt hatte, beantragte er Schluß der Debatte. Ein anderer Delegierter beantragte eine allgemeine Beiseite diesen Schlußantrag mit dem Wort:

„Wenn wir jetzt noch weiter reden, dann führen wir nur zu keinem Verlauf.“

Gegen diesen Antrag sprach ein anderer Delegierter mit der Begründung, daß bei der ganzen Debatte Mitglieder aus der Tribüne überhaupt noch nicht zu Wort gekommen seien. Die Mehrheit beschloß natürlich, wie Wels befohl.

In persönlichen Bemerkungen betonte Dettinghaus, daß er mit Sternberg nur privat gesprochen habe (Zurufe). Nichts Bisheriges nannte Dettinghaus Richter (neue Zurufe), die Delegierten hielten auf die Tische und dringen zum Teil gegeneinander ein.) Als Richter weitere Enthaltungen machen wollte, sprang Wels auf und laut:

„Seien Sie jetzt ruhig; der Eindruck wird ja schlecht.“

Dann erfolgten die Abstimmungen. Alle Anträge, die sich mit den hohen Gehältern der Parteibeamten und den hohen Löhnen beschäftigten, wurden sofort abgelehnt. Auf Antrag des Parteivorstandes wurde die hamburger Delegation einem Antrag, in dem mehr Aktivität für die Abklärung verlangt wurde, zugestimmt wurde der Berliner Antrag, daß es Mitglieder der sozialdemokratischen Partei verboten sei, in sozialistische Organisationen einzutreten. Als dann Wels, der die Abstimmungen leitete, erklärte, der Antrag Semdewitz-Rosenfeld, der vom Parteivorstand dem Kampf gegen die Rotverordnungen abgesetzt wurde nicht zur Abstimmung zugelassen, kam es zu erneuten Kundgebungen auf den Tribünen. Ein Arbeiter rief von der Tribüne Wels mit lauter Stimme zu:

„Du sollst mal Humpeln gehen!“

Rosenfeld wandte sich gegen den Abwandsen des Parteitagess mit der Bemerkung, daß es auf einem sozialdemokratischen Parteitag ein Grundgesetz sei: Heber das Thema wird nicht gesprochen.

So endete der Parteitag in müder Stimmung. Daran konnte auch die Schlußrede von Wels nichts ändern, die er Wels für Worte von einem Manuskript ablas. Im Gegenteil, gerade bei Schlußworten, von Wels verurteilten den Eindruck, daß der Parteitag einer herbeiden Partei Wels beschuldete das ausdrücklich mit der Feststellung:

„Oh Tolerierung der Brüningregierung oder seine Tolerierung, das ist keine Frage des Klassenkampfes!“

Und nun kann Brüning mit seiner Rotverordnung empfindlich herauskommen. Der SPD-Parteitag, der Herrn Wels und die hat sie bereits launisch! Aber nicht die Arbeiter — das wird der Brüning-Kloß bald erfahren!

## KPD-Landtagsfraktion stößt vor

Folgender Antrag der KPD-Fraktion wurde am 5. Juni 1931 im Sächsischen Landtag eingebracht:

Ungeheuer ist die Not und die Elendslage breiter Schichten der Bevölkerung. Kein Tag vergeht, ohne daß die Opfer nicht Elend zu verzweifelteren Maßnahmen greifen. Hunger, Krankheit und Selbstmord sind nur einige Merkmale dieser Not. Die Masse des Volkes schreit nach Arbeit und Brot. Trotz der zahlreichsten Witterungsverhältnisse der Sommermonate und trotz der Hoffnungen in dieser Zeit arbeiten zu können, liegen Millionen Erwerbsloser auf der Straße. Den noch im Betrieb stehenden wird durch Lohn- und Gehaltsabbau, Kurzarbeit, erhöhte Soziallasten und Steuern der Hungerriemen immer enger gezogen. Die Rotverordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 linderte die bereits große Notlage in keiner Weise, sondern führte vielmehr zu einer weiteren Verschärfung der unerbittlich wirtschaftlichen Lage breiter Bevölkerungsschichten.

Die neue Rotverordnung der Reichsregierung, die in weiterer ungeheurer Verschärfung auf allen Gebieten besteht, hat einen einzigen Sturm der Entrüstung ausgelöst.

Wir beantragen deshalb, der Landtag möge sich mit der Regierung zu beauftragen:

1. Schärfsten Protest bei der Reichsregierung und dem Reichspräsidenten gegen die neue Rotverordnung einzulegen;
2. für Sanktionen die neue Rotverordnung nicht durchzuführen.

Kennet

## Betriebe antworten Wels und Brüning

Am 4. Juni fand eine von der KPD einberufene Betriebsversammlung der Betriebe Weismann und Photo W. G. G., welche nach dem Referat eines Vertreters der KPD über die neue Rotverordnung einstimmig folgende Entschliessung annahm:

„Die am 4. Juni 1931 verammelten Arbeiter der Firma Weismann u. Photo W. G. G., haben Kenntnis genommen von den ungeheuren Abbaumassnahmen der Brüningregierung und erheben den härtesten Protest dagegen. Die Werksamtlagen erkennen, daß es notwendig ist, gemeinsam mit den Erwerbslosen unter Führung der KPD den härtesten Kampf zu führen.“

Zwei Delegierte wurden zum Landeskongreß der KPD am 12. und 14. Juni gewählt.

## Neue Hungerrevolte in Osn

Die Polizei meldet: In der vergangenen Nacht haben sich im Segertener Viertel wiederum große Menschenmengen versammelt. In der Rathaus- und Telegrafstraße wurden Straßenschilder aufgerissen. Einbrechende Polizeibeamte wurden wiederum mit Steinen und aus den Häusern mit Schreihörnern bemerkt. Außerdem wurden eine Reihe Straßenschilder zerstört. 14 Personen wurden festgenommen, von denen 6 dem Richter wegen Landfriedensbruch angeklagt wurden.

Die für heute angekündigte Sitzung des zentralen vorbereitenden Kampfausschusses der Metallarbeiter findet nicht statt.

Demotiviert für Details: Otto Göbel, Dresden; für Osnabrück: Hans-Jürgen, Osnabrück; für Weismann: Karl Weismann, Weismann; für Photo W. G. G.: Otto W. G., Weismann; für Weismann: Otto W. G., Weismann; für Photo W. G. G.: Otto W. G., Weismann.